



Petition 76034

Lebens- und Genussmittel - Lebensmittel-Wegwerfverbot

Text der Petition	Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass es (wie etwa in Frankreich) ein gesetzliches Lebensmittel-Wegwerfverbot gibt. Alleine schon deshalb, weil etwa 500.000 Kinder in Deutschland immer wieder Hunger leiden, was damit zu großen Teilen vermeidbar wäre
Begründung	<p>Eine gesetzl. Lebensmittel-Wegwerfverbot-Regelung, wie in Frankreich sei doch sinnvoll, sagte- völlig zurecht- der Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands etwa in der "Wirtschaftswoche" (WiWo) vom 14.2.2016. Viele Händler und Caterer in Deutschland spendeten bereits nicht mehr verkaufbare Lebensmittel an Tafeln. „Eine gesetzliche Pflicht würde also die schwarzen Schafe treffen, die das bisher noch nicht freiwillig machen“ sagte er dort. Wie auch andere Gesetze geht es also um die, die nicht von alleine vernünftig/human sind. Notwendigerweise: In Frankreich müssen Händler nach einem Anfang Februar 2016 beschlossenen Gesetz unverkaufte Nahrungsmittel spenden, verarbeiten, als Tierfutter verwenden oder kompostieren. Die Bundesregierung plant ein solches Wegwerf-Verbot nicht, wie das Ernährungsministerium bereits mitgeteilt hatte. Man setze mehr auf Aufklärung. Dagegen spricht ja aber auch (ergänzend) nichts (auch für Verbraucher, auch bezüglich der "MHD-Problematik"- viele Lebensmittel sind ja auch nach MHD-Ablauf noch haltbar). Da aber die Armut in Deutschland immer größer wird und auch Hunger bei vielen Menschen ist es doch Hohn und Spott und unmenschlich, dass dieser Hunger, auch von Kindern, nicht einfach (wie in Frankreich) per gesetzlicher Regelung weiter bekämpft wird. In o.g. Zeitung kritisierte die Grünen-Expertin dazu zurecht den zuständigen Minister (von der CSU) -er richte sich „einzig und allein an die Verbraucher“. Dagegen habe die Regierung in Frankreich erkannt, dass für weniger Lebensmittelverschwendung politische Maßnahmen auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette notwendig seien. Der Bundestag fordere seit Jahren verbindliche Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft. „Das muss der Minister endlich anpacken. In der Tat, und dann der Bundestag Regelungen und Gesetze wie in Frankreich beschließen. Denn z.</p>

B. (bereits) am
14.10.2011 berichtete in der "Welt" der Präsident des Berufsverbands der Kinder-
und Jugendärzte (BVKJ),
: „Man kann davon ausgehen, dass etwa 500.000 Kinder in Deutschland regelmäßig
nicht
ausreichend ernährt werden und immer wieder Hunger leiden“, neben auch vielen
Erwachsenen. Und das kann
und darf doch einfach nicht sein, zumal es mit o. g. Gesetz zumindest zu großen
Teilen vermeidbar wäre -
unzählige, Hunderttausende Kinder, Menschen müssen hungern, während nach einer
2012 vorgestellten Studie
im Auftrag des Ministeriums pro Jahr etwa 550 000 Tonnen Lebensmittel aus dem
Handel im Müll landen!
Trotz aller Appelle seit Jahrzehnten, die offensichtlich nicht reichen, weshalb auch in
Deutschland eine
gesetzliche Regelung wie in Frankreich beschlossen und umgesetzt werden muss,
dringend